NACHRICHTEN AG

12. Juni 2025

# Ermittlungen gegen Habeck: Droht ihm das Ende seiner politischen Karriere?

Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt gegen Robert Habeck wegen Verleumdung. Ein Überblick über die Hintergründe und Konsequenzen.

Dresden, Deutschland - Die Staatsanwaltschaft Dresden hat ein Ermittlungsverfahren gegen Dr. Robert Habeck, Mitglied des Bundestages (MdB), eingeleitet. Der Anlass dieser Ermittlungen sind Äußerungen Habecks während einer Wahlkampfrede am 30. August 2024 in einem Kino in Dresden. Dabei soll er die AfD und die Bewegung für soziale Gerechtigkeit (BSW) beschuldigt haben, von Moskau finanziert zu werden und Trollarmeen zur Einflussnahme sowie Stimmenkauf aufzubauen. Diese Aussagen haben eine Strafanzeige von der BSW-Chefin Sahra Wagenknecht zur Folge gehabt, die Habeck der Verleumdung beschuldigt. Laut kn-online gibt es einen Anfangsverdacht der Verleumdung gemäß Paragraph 188, Absatz 2 StGB sowie der üblen Nachrede, Paragraph 188, Absatz 1 StGB.

Bundestagsabgeordnete wie Habeck genießen grundsätzlich immunitätsrechtlichen Schutz vor Strafverfolgung. Diese Immunität kann jedoch bei Verdacht auf strafbare Handlungen aufgehoben werden. Der Immunitätsausschuss des Bundestages berät über entsprechende Anträge, die anschließend im Plenum abgestimmt werden müssen. In Habecks Fall wurde die Aufhebung der Immunität am 5. Juni abgelehnt, jedoch kann die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Verleumdung ohne Genehmigung des Bundestages führen, was bereits geschehen ist. Für Verfahren wegen übler Nachrede ist jedoch eine Genehmigung erforderlich, die jetzt nicht vorliegt. Diese rechtlichen Rahmenbedingungen sind auch im Grundgesetz verankert, das, wie die Tagesschau darstellt, sicherstellen soll, dass Abgeordnete ihr Mandat ohne politisch motivierte Strafanzeigen ausüben können.

## Politische Dimension der Ermittlungen

Habeck hat sich bisher nicht zu den laufenden Ermittlungen geäußert, sein Büro verweist auf eine Erklärung seiner Verteidiger. In einem zivilrechtlichen Verfahren hat Habeck anerkannt, dass seine Äußerungen „etwas zu sehr zugespitzt“ waren. Dies steht im Kontext seiner zahlreichen Strafanträge wegen Beleidigungen während seiner Ministerzeit, von denen mehr als 800 in der Vergangenheit gestellt wurden. Wagenknecht wirft Habeck vor, wissentlich Lügen über einen politischen Konkurrenten verbreitet zu haben. MDR berichtet, dass die Staatsanwaltschaft die Auffassung vertritt, Habeck habe in seiner Rede „inhaltlich unzutreffende Tatsachen“ über das BSW und Wagenknecht geäußert. Ein strittiger Punkt in der Verteidigung ist die rechtliche Einstufung von Habecks Aussagen als zulässige Meinungsäußerung.

Die rechtlichen Herausforderungen rund um die Immunität von Parlamentariern sind komplex und zeigen die Balance zwischen politischer Freiheit und rechtlicher Verantwortung. In Deutschland genießt nicht nur der Bundestag, sondern auch die Abgeordneten der Landesparlamente Immunität, jedoch entfällt

diese unter bestimmten Bedingungen, etwa bei Festnahmen während oder nach der Tat.

Die jetzigen Ereignisse werfen ein Licht auf die Schwierigkeiten, mit denen Politiker konfrontiert sind, wenn sie sich öffentlich zu politischen Gegnern äußern. Während die Staatsanwaltschaft aufgrund der genannten Umstände agieren muss, stellt sich die Frage, ob möglicherweise politischer Druck hinter den Ermittlungen steht, insbesondere angesichts der Nähe des aktuellen Verfahrens zu den politischen Debatten innerhalb Deutschlands.

| Details | |
|---|---|
| Vorfall | Verleumdung |
| Ursache | Wahlkampfrede |
| Ort | Dresden, Deutschland |
| Quellen | • www.kn-online.de<br>• www.mdr.de<br>• www.tagesschau.de |

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net